



Sie sind gegen Windrad-Wildwuchs: Die Dahler Hans-Hermann Juergens (v. l.) Heinz und Friedhelm Brockmeier, Franz-Dieter Cramer und Jürgen Baur. FOTO: MARC KÖPPELMANN

# Front gegen Windkraft wächst

Bau- und Planungsausschuss entscheidet heute über Anlagenbau in Dahl / Stadt beugt sich Rechtslage

VON HOLGER KOSBAB

■ **Paderborn.** In den Paderborner Ortsteilen Dahl, Benhausen und Neuenbeken bläst der Wind nicht nur im Herbst oft heftig. Folglich werden hier immer mehr Windenergieanlagen errichtet, immer produktivere und immer höhere. Wie am Iggenhauser Weg in Dahl, wo ein Investor eine 186 Meter hohe Anlage bauen will. Der Bau- und Planungsausschuss wird dem heute vermutlich zustimmen und seine bisherige Höhenbeschränkung von 100 Metern zurücknehmen. Auch wenn Kritiker mächtig Gegenwind machen.

Im letzten Bau- und Planungsausschuss war das Thema noch vertagt worden. Heute kommt es um 17 Uhr im Technischen Rathaus (Pontanusstraße 55) erneut auf den Tisch. Nach umfangreicher juristischer Beratung rudert die Stadt mehr oder weniger zurück. Sie empfiehlt, für die Anlage das „gemeindliche Einvernehmen“ zu erteilen. Dieses hatte sie dem beim Kreis Paderborn als Genehmigungsbehörde eingereichten Bauantrag bisher verwehrt. Ausschlaggebend dafür war der Verweis auf die Höhenbegrenzung.

Es gelte, Schaden abzuwehren und einen Spagat zwischen Bürgerinteressen und Rechtsprechung zu erreichen, erklärte SPD-Fraktionschef Franz-Josef Henze. Gemessen an der aktuellen Rechtslage müsse die Stadt das gemeindliche Einvernehmen erteilen. Der Schaden sei dabei früher entstanden, indem die 121. Änderung des Flächennutzungsplans mehrheitlich abgelehnt worden sei. Werde das Einvernehmen weiterhin verweigert, würden Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe riskiert, sagte Henze. Und die Anlage in Dahl wäre „trotzdem nicht verhindert“. Da sei es populistisch, zu sagen, die Politik gebe leichtfertig dem Willen einiger Investoren nach. Durch die Klage gegenüber dem Kreis drohten Ersatzansprüche, für die über die Kreisumlage Paderborn zahlen müsse, sagte CDU-Fraktionschef Markus Mertens. Zudem herrsche bei den Ratsmitgliedern große Unsicherheit, inwiefern sie persönlich haftbar gemacht werden könnten.

Mit der Aufstellung der 125. Änderung des Flächennutzungsplanes soll die Anpassung an die aktuelle Rechtsprechung erfolgen. Ausschlaggebend sind Sprüche des Bundesverwaltungsgerichts und des

Oberverwaltungsgerichts Münster (Bürener Urteil), nach denen es eine grundsätzliche Höhenbeschränkung nicht geben darf. Die bisher geltende 107. Änderung aus dem Jahr 2010 sei vor der Energiewende erstellt worden und das Konzentrationszonenkonzept zur Windenergie „bezogen auf den gesamten Außenbereich der Stadt Paderborn“ zu aktualisieren, schreibt Claudia Warnecke, Technische Beigeordnete. Hierzu sollen die notwendigen Kriterien für Konzentrationszonen „auch unter Berücksichtigung des Repowering und der Entwicklung hin zu weniger aber höheren Anlagen neu ermittelt und gewichtet werden“. Es werden harte Tabuzonen benannt, in denen Windkraftanlagen nicht in Betracht kommen, in

weichen Tabuzonen sind Windräder durchaus zulässig.

Für Jürgen Baur, Franz-Dieter Cramer und Hans-Hermann Juergens, Sprecher der Dahler Wind-Initiative, sind diese Anpassungen „offensichtliche Winkelzüge“. Wie vielen Menschen ist ihnen die Sache zu windig. Politiker „sollten sich nicht damit abfinden, dass ihre Beschlüsse auf diese Weise uminterpretiert und konterkariert werden“. Die Vorab-Bewilligung eines Einzelantrags sei zudem höchst fragwürdig, weil mit grundlegenden Änderungen der politischen Rahmenbedingungen hinsichtlich des weiteren Ausbaus der Windenergie zu rechnen sei. Dass seitens der Stadt nicht schon eher eine rechtzeitige Anpassung des Flächennutzungsplans vorgenom-

men wurde, bezeichnen die Gegner als „Planungsversäumnis“. Dies belaste nun die Dahler und Anwohner anderer Ortsteile. Die geplante Anpassung der Windenergie-Potenzialflächen dürfe nicht automatisch zur Ausdehnung vorhandener Konzentrationszonen führen. Zudem bestehen die Dahler darauf, dass die Stadt alle Möglichkeiten ausschöpfe, um erträgliche Abstände zwischen den Anlagen und der Wohnbebauung sicherzustellen.

Der Abstand zu den Häusern und die Höhe der Anlagen – und der damit verbundene Lärmentwicklung der sich drehenden Rotoren – sind auch ein Hauptkritikpunkt der Initiative Lärmstopp Eggevorland. Darin vereint sind Betroffene aus Benhausen, Neuenbeken und Bad Lippspringe. Im Tal zwischen den drei Ortschaften sind auf zwei großen Flächen Windenergieanlagen geplant. Um mehr Gewicht zu haben, verbänden sie sich bei einem Treffen am Sonntag mit Vertretern der Initiativen aus Dahl, Alfen und Tudorf. „Dahinter steht eine Region – und nicht nur ein Ort“, sagt Lärmstopp-Sprecher Heinrich Brinkmann und betont: „Wir sind nicht gegen Windenergie. Doch hier geht es nur noch um Profit.“

## Plan wird angepasst

■ Ebenfalls beraten wird im Planungsausschuss über den Bebauungsplan D 291 „Holtterfeld“ in Dahl. Der bisherige Bebauungsplan schöpft die nach dem geltenden Flächennutzungsplan festgelegte Windkonzentrationszone nicht aus. Der neu aufzustellende Plan soll beides in Einklang bringen. Er sieht

für neue Windräder zwei Baufenster – „Nord“ und „Süd“ – vor, durch die vorhandene Anlagen in ihrer Nutzung nur minimal beeinträchtigt werden. Zur Sicherung weiterer städtebaulichen Zielsetzungen soll für den Geltungsbereich zudem eine Veränderungssperre verhängt werden. (hko)